

Kreistag des Landkreises Altenburger Land

Niederschrift

KT/33/2009

der 33. Sitzung des Kreistages des Landkreises Altenburger Land - **öffentlicher Teil**
- am Mittwoch, dem 11.02.2009, 17:05 Uhr, Landratsamt Altenburger Land,
Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Landschaftssaal

Anwesenheit:

Landrat

Rydzewski, Sieghardt Landrat

Fraktion CDU

Arndt, Christiane

Blawatt, Hubert

Büring, Alexander Dr.

Dobmaier, Ludwig Stefan

Etzold, Stephan

Golder, Barbara

bis 18:04 Uhr

Gumprecht, Christian

Horny, Hans-Joachim Dr.

Kern, Herbert

Köhler, Herbert

Lorenz, Kathrin

Melzer, Uwe

Ronneburger, Jürgen

Schröter, Fritz

Tomaschewski, Wolfhardt Dr.

Ungvari, Johannes

Fraktion SPD

Dorsch, Nikolaus Dr.

Franke, Sabine

Mittelstädt, Peter

Schemmel, Volker

Schubert, Hartmut Dr.

Stange, Steffen

Zehmisch, Martina

Fraktion Die Linke.Altenburger Land

Bergner, Peter

Börngen, Klaus

Burkhardt, Bernd

Ebert, Barbara
Fache, Sabine
Keller, Katja
Klaubert, Kati
Pietsch, Gert
Plötner, Barbara
Plötner, Heinz-Dieter
Sojka, Michael
Tempel, Frank

Fraktion FDP

Heitsch, Hans-Jürgen
Hermann, Rolf
Schalla, Karsten

17:06 Uhr bis 18:00 Uhr

fraktionslos

Bugar, Hans-Peter

hauptamtl. Beigeordnete

Gräfe, Christine

Fachbereichsleiter

Boße, Ludger
Seiler, Birgit
Wenzlau, Bernd

komm.

Fachdienstleiter

Wecker, Martina

weitere Teilnehmer

Benndorf, Gudrun
Seifert, Jörg

Büro des Kreistages
FD Öffentlichk. (an der Aufnahmetechnik)

sowie weitere Fachdienstleiter und Mitarbeiter des Landratsamtes, Vertreter der Presse und Zuhörer.

Entschuldigt fehlen:

Fraktion CDU

Apel, Michael
Kasper, Hans-Jürgen
Waldenburger, Karsten Dr.

dstl. Gründe
private Gründe
Urlaub

Fraktion SPD

Scholz, Wolfgang

Dienstreise

TOP 1 Bürgeranfragen

Der Vorsitzende stellt fest, dass es keine Bürgeranfragen gibt.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 32. Sitzung vom 03.12.2008

Der Vorsitzende verweist auf die gesetzliche Grundlage für die Genehmigung der Niederschrift (§ 112 i. V. mit § 42 Abs. 2 ThürKO). Er stellt fest, dass alle KTM die Niederschrift erhalten haben und dass es keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche gibt.

Die Niederschrift über die 32. Sitzung des Kreistages wird mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

TOP 3.1 Informationen des Landrates

Im Auftrag des Landrates trägt Herr Gerhard Kaminski, Mitglied des Seniorenbeirates, den Jahresbericht 2008 des Beirates vor. Der Bericht steht online zur Verfügung und liegt den KTM schriftlich vor.

Herr Schröter dankt Herrn Kaminski für die Berichterstattung.

TOP 3.2 Anfragen aus dem Kreistag

Der Vorsitzende stellt fest, dass zurzeit keine schriftlichen Anfragen vorliegen und erkundigt sich nach mündlichen Anfragen.

Dr. Schubert informiert, dass die Bundesregierung vorgibt, 65 % der Mittel aus dem Konjunkturprogramm II für Schulen und Kindergärten einzusetzen und 35 % für andere Infrastrukturmaßnahmen. 70 % sollen in die Kommunen fließen. Wie die Landesregierung verfährt, ist weniger bekannt. Er fragt den Landrat, welche Vorstellungen beim Landkreis bestehen, wie die 70 % des Geldes an die Kommunen gebracht werden sollen. Er bezieht sich auf die im Dezember erfolgte Projektanfrage und möchte wissen, ob das die richtige Variante für den Geldeinsatz ist oder ob es besser ist, das Geld in Form von Investitionspauschalen, Schulpauschalen, Kindergartenpauschalen an die Kommunen auszureichen und inwieweit der Landkreis seine Vorstellungen in die Gespräche mit der Landesregierung einbringen kann.

Der Landrat erklärt, dass bis heute keine genauen Zahlen vorliegen, er kann nicht sagen, welche Summe dem Landkreis und den Städten und Gemeinden zufließt. Der Thüringische Landkreistag, der die Landkreise vertritt, und der Städte- und Gemeindebund führen regelmäßige Gespräche mit der Landesregierung und verhandeln die Möglichkeiten der Mittelverteilung. Der Landrat befürchtet viele bürokratische Sonder- und Nebenbedingungen. Die Landkreise wollen alles in einer Summe pauschal

und vor Ort selbst entscheiden, was gut und richtig ist. Da die Hälfte des Geldes bis zum Jahresende verbraucht sein soll, geht das nach seiner Meinung nur über eine Pauschalförderung. Auch der Städte- und Gemeindebund vertritt sehr ähnliche Positionen. Er hofft, dass sich die Landesregierung unserer Position nähern wird. Hochschulen und Universitäten sind aus der Gesamtsumme herauszunehmen, da sie in Landeszuständigkeit liegen, ebenso sind die Mittel für freie Schulen herauszunehmen. Nach jetzigem Wissen sind Gemeindestraßen nicht förderfähig und bei Kreisstraßen sollen nur Schallschutzmaßnahmen und Straßen begleitende Maßnahmen möglich sein. Jetzt muss darauf gedrängt werden, die konkreten Summen zu erfahren, um dann gemeinsam die Projekte festzulegen. Als schwierig sieht der Landrat auch die Aussage an, dass Maßnahmen, die in den Haushaltsplänen enthalten sind, nicht förderfähig sind. Auch sieht er die Vergabemodalitäten als konträr zum europäischen Vergaberecht. Abschließend spricht er die Hoffnung aus, dass eine schnelle Einigung mit der Landesregierung erfolgt und er dann gegenüber dem Kreistag besser aussagefähig ist.

Weitere Anfragen gibt es nicht.

TOP 4 Bericht über die Ergebnisse bei der Umsetzung des KT-Beschlusses 111 vom 07.09.05 - Stärkere Nutzung erneuerbarer Energien im Landkreis Altenburger Land

Der Landrat berichtet über die Umsetzung der 8 Aufgabenstellungen aus o. g. Beschluss. Der Bericht steht online zur Verfügung und wurde zu den Akten genommen.

Der Vorsitzende erkundigt sich nach Anfragen zur Berichterstattung. Dr. Schubert wünscht eine Diskussion. Herr Schröter verweist darauf, dass zu einer Berichterstattung üblicherweise Fragen gestellt werden können.

Herr Schemmel beantragt, dass der Bericht schriftlich übergeben wird, zumal er aufgrund der Vorlage der SPD-Fraktion gegeben wurde.

Herr Schröter stellt fest, dass es dazu keinen Widerspruch aus dem Haus gibt und damit die Bereitstellung des Berichtes zugesagt ist.

TOP 5 Stand der Umsetzung des Sonderprogramms zur Sanierungen von Schulgebäuden und Sporthallen gemäß KT-Beschluss 201 vom 06.12.06

Herr Wenzlau berichtet über die Umsetzung des Sonderprogramms. Der Bericht steht online zur Verfügung und wurde zu den Akten genommen.

Herr Ronneburger nimmt Bezug auf die Regelschule am Eichberg und erklärt, dass ursprünglich für den Innenbereich eine wesentlich umfangreichere Sanierung vorgesehen war. Viele Mittel mussten für den Brandschutz eingesetzt werden, was ursprünglich nicht geplant war. Er möchte wissen, ob und in welchem Umfang weitere Sanierungen im Innenbereich vorgesehen sind.

Frau Sojka kritisiert, dass auf dem Schulhof eine „Dreckecke“ besteht und möchte auch wissen, ob weitere Sanierungen im Innenbereich vorgesehen sind. Dem SKSp-Ausschuss schlägt sie eine Sitzung vor Ort vor.

Herr Wenzlau antwortet, dass im Programm für die Regelschule Eichberg keine Generalsanierung vorgesehen war. Das stand aufgrund der vorhandenen Mittel von vornherein fest. Vorrangig ist aber für die Sicherheit zu sorgen. In den kommenden Jahren werden sicherlich noch weitere Maßnahmen umgesetzt werden. Noch in diesem Jahr werden malermäßige Instandsetzungen durchgeführt. Aber alle Wünsche der Eltern und Lehrer im Zusammenhang mit dem Programm können nicht erfüllt werden. Hinsichtlich des Schulhofes erklärt er, dass die Maßnahme in den Oktoberferien 2008 abgeschlossen wurde, als „Dreckecke“ kann er den vorherigen Zustand jedoch nicht bezeichnen. Hier war zu entscheiden, ob ein Klassenraum mehr hergerichtet wird oder der Hof. Die Schulleitung hat vorgeschlagen, sich um das Geld zu kümmern. Deshalb wurde der Hof gestaltet und mit den zu erwartenden Spenden soll dann ein weiteres Klassenzimmer saniert werden.

Weitere Anfragen gibt es nicht. Der Vorsitzende schließt den TOP.

KT-DS/345/2009

TOP 6 Mittelfristiges Entwicklungs- und Finanzierungskonzept der Theater und Philharmonie Thüringen GmbH (Antrag CDU-Fraktion)

Der Vorsitzende verweist auf die vorliegende Drucksache 345/2009 und ein dazu in den Mappen liegendes Austauschblatt zum Beschlussvorschlag.

Herr Ronneburger informiert, dass am vergangenen Montag eine Beratung zur Vorlage im Kreisausschuss erfolgte und daraus eine geänderte Formulierung im Beschlussvorschlag resultiert. Grundsätzlich wird damit das beabsichtigte Ziel erreicht und deshalb besteht Einverständnis mit der vorgeschlagenen Änderung. Weiter war die Jahreszahl 2018 in 2016 zu ändern. Deshalb wurde das Austauschblatt ausgelegt.

Zur Begründung des Antrages verweist Herr Ronneburger auf die durchaus ernste Situation im laufenden Finanzierungszeitraum 2009 - 2012. Die Gesellschaft finanziert sich aus den Gesellschafterzuschüssen, den geplanten Einnahmen, aus den Gewinnrücklagen, aus dem Verzicht auf Rückstellungen, Einfrieren der Sachkosten auf dem Stand von 2001, wobei das für ihn fraglich ist u. a. wegen der Energiekostenentwicklung sowie aus geplanten jährlichen Einnahmeerhöhungen bis 2012 von insgesamt 250.000 Euro. Betriebswirtschaftlich sieht die CDU-Fraktion hierin allerdings ein erhebliches wirtschaftliches Risiko.

Noch prekärer wird die Situation ab 2013, wo die Haustarifverträge der einzelnen Gewerkschaften mit den Beschäftigten der Gesellschaft auslaufen. 2013 werden auf die Gesellschaft erhebliche Lohn- und Sachkostenforderungen zukommen, wodurch es zu einer schwierigen Situation kommen wird, die die Gesellschaft aus heutiger Sicht nicht allein bewältigen kann. Herr Ronneburger zitiert den Intendanten, Prof. Oldag, aus einem Presseartikel: „Wenn man dieses Theater auch nach 2012 so will, wie es existiert, dann muss nach neuen Ideen gesucht werden.“ ... „Es gibt nur zwei Möglichkeiten: weniger Theater bei gleichem Geld oder gleiches Theater bei mehr Geld.“

Er denkt, dass es mehr Möglichkeiten geben muss, deshalb wird der heutige Antrag gestellt.

Er hält es für besser, heute auf die Situation zu reagieren und den neuen Kreistag in die Lage zu versetzen, zur rechten Zeit zu agieren als später aus der Not heraus nur noch zu reagieren. Er bittet um Zustimmung zur Vorlage. Damit wird eine fachlich fundierte Grundlage für den neuen Kreistag geschaffen, die gute Entscheidungen für die weitere Entwicklung des Theaters ermöglicht.

Herr Schemmel schätzt ein, dass es politischer Entscheidungen und der Einsicht der Handelnden bedarf, um die Probleme der TPT zu lösen. Bei den politischen Entscheidungen muss verlangt werden, dass zuerst das Land als größter Geldgeber sich unmittelbar nach der Regierungsbildung bzw. im nächsten Jahr entscheidet, ob die Förderung für die Thüringer Theater im gleichen Maße über das Jahr 2012 fortgeführt wird. Bei den 3 anderen Gesellschaftern muss man erwarten, dass unmittelbar an die Entscheidung des Landes die entsprechenden kommunalen Entscheidungen getroffen werden. Aber das allein wird nicht genügen, es geht nicht ohne das Theater, ohne die Einsicht der im Theater Handelnden, meint er weiter. Wenn man im Theater glaubt, dass der Haustarifvertrag 2012 auslaufen könne, dass ohne Kritik die Personalstärke beizubehalten wäre und ab 2013 alles so weiter läuft wie bisher, dann täuscht man sich und erweist sich einen Bärendienst. Im Theater muss ein Denkprozess beginnen, wie künstlerische Qualität auch unter jetzt noch nicht definierten Einschränkungen finanziert werden kann.

Zum vorliegenden Antrag merkt er kritisch an, dass es besser gewesen wäre, wenn die CDU angeregt hätte, auch in den Stadträten Altenburgs und Geras einen gleichen Antrag einzubringen. Herr Schemmel meint, es sei ein Irrtum, dass es sich um das gleiche Modell wie beim Klinikum Altenburger Land handelt. Beim Klinikum war immer bekannt war, wie viel Geld vorhanden ist und wie es seine Maßnahmen ausrichten kann.

Wenn das Theater nun aufgefordert wird, ein Konzept zu erstellen, dann wird immer wieder die Frage nach dem Finanzvolumen gestellt werden. Deshalb muss eine Vorklärung über alle anderen politisch Handelnden erfolgen. Das Theater muss darüber nachdenken, wie es sich selbst Einschränkungen bei Gewährleistung der künstlerischen Qualität verordnet.

Frau Sojka wirft Herrn Ronneburger vor, dass mit diesem Antrag dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung die Kompetenz abgesprochen wird. Als Beweis führt sie die Formulierung in der Vorlage „... mit den aufgezeigten Lösungsvorschlägen durch die Geschäftsführung ...“ an. Diese Wortgruppe ist falsch, es gibt einen abgestimmten Wirtschaftsplan und auch ein Aufsichtsratsmitglied der CDU, meint sie weiter. Die Überprüfung der Plausibilität des jetzigen Finanzierungskonzeptes ist auch nicht möglich, bis 2012 ist daran nichts zu ändern. Frau Sojka fühlt sich vorgeführt. Wenn ein Denkprozess gefordert wird, muss man auch die handelnden Personen einbeziehen. Sie hat am Montag beim Intendanten angerufen und festgestellt, dass Prof. Oidag das erste Mal von ihr von diesem Vorhaben erfahren hat. Deshalb zieht sie ihre am Montag zur Kreisausschusssitzung gegebene Zustimmung zurück, wo der Antrag unter Abwesenheit der CDU-Fraktionsmitglieder behandelt wurde. Sie hat den Ausführungen des Landrates entnommen, dass der SKSp-Ausschuss über den Antrag abgestimmt und diesen befürwortet hat. Später hat sie von ihren Fraktionskollegen erfahren, dass der Ausschuss den Antrag als Kommunalwahlkampf gebrandmarkt und verrissen hat. Ihre Fraktion schlägt vor, im Beschlussvorschlag den Teil „wobei für den Zeitraum bis 2012 die Plausibilität des jetzigen Finanzierungskonzeptes zu überprüfen und die Liquidität der Gesellschaft sicherzustellen ist.“ zu streichen, weil das vom Aufsichtsrat mit dem Wirtschaftsplan festgestellt wurde. An Herrn Ronne-

burger gerichtet meint sie, dass sich über den Rest des Antrages reden lässt. Sie fordert ihn auf, mit der seit 2 Legislaturperioden von der CDU geführten Landesregierung zu reden und das Geld einzufordern. Um zu prüfen, ob er ehrlich gemeint ist, sollte der Antrag in den Ausschuss zurück verwiesen und mit dem Intendanten und Betriebsrat darüber geredet werden. Den Stil der CDU lehnt ihre Fraktion ab und falls der Antrag zur Abstimmung gestellt wird, werden sie auch diesen ablehnen.

Der Landrat äußert sein Unverständnis über die Schärfe der Diskussion, die wie Wahlkampf klingt. Er ist froh, dass eine Fraktion das Thema aufgreift. Er selbst hat im Aufsichtsrat angesprochen, dass wir uns jetzt darüber Gedanken machen müssen, was nach 2012 wird. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass Haustarifverträge einfach verlängert werden. Er informiert, dass Prof. Oldag vor ca. 10 Tagen bei ihm zum Gespräch war, wo auch intensiv über diese Thematik gesprochen wurde. Es gibt nur zwei denkbare Szenarien: Wir müssen davon ausgehen, dass der Haustarifvertrag ausläuft, das heißt volle Lohnkosten ab 2013 plus sämtliche Sachkostensteigerungen. Wir werden frühzeitig wissen, wie der Freistaat plant, mit dem Thema Theater umzugehen. Nur wenn der Freistaat als Hauptgeldgeber sagt, dass er bereit ist, die Lücke entsprechend seinem Anteil zu schließen, können die 3 Gesellschafter Gleiches beschließen. Sollte der Freistaat keine Antwort in unserem Sinne geben, dann kann bestenfalls davon ausgegangen werden, dass die 4 Geldgeber die gleiche Summe in die Hand nehmen. In Anbetracht der Tarif- und Sachkostensteigerungen bedeutet das Personal- bzw. Spartenreduzierung. Wenn dieses Szenario eintritt, dann ist es doch den Mitarbeitern gegenüber nur anständig, rechtzeitig zu sagen, was auf sie zukommt, damit sie sich um einen anderen Job kümmern können. Ebenso wichtig ist dieses Wissen für die Geschäftsführung, damit sie ihre Personalpolitik entsprechend ausrichten kann (z. B. keine Festeinstellungen). Es kommt darauf an, frühzeitig die Weichen zu stellen, dann sind viele Pläne auch umsetzbar (z.B. Schaffung nur eines leistungsstarken Klangkörpers statt der bisherigen 2), ohne Personal zu entlassen. Vielleicht gelingt es dann auch, den Landkreis Greiz als weiteren Gesellschafter zu gewinnen.

Abschließend erklärt der Landrat, dass er froh darüber ist, dass eine Fraktion das Thema aufgreift, dass er zustimmen wird und dass OBM Wolf im SKSp-Ausschuss signalisiert hat, dass er die Chance sieht, einen gleichlautenden Beschluss im Stadtrat herbeizuführen. Er ist sich sicher, dass ein guter, in der Thematik erfahrener Consultant hilft, den richtigen Weg zu finden.

Dr. Schubert fragt den Antragsteller, wie er es sich vorstellt, bis Ende 2009 ein solches Konzept zu erarbeiten und ob es das Papier wert ist, auf dem es dann steht. Wenn man davon ausgeht, dass im August Landtagswahlen sind und im Herbst eine neue Landesregierung steht, ist es unwahrscheinlich, dass diese innerhalb kurzer Zeit Aussagen für den Finanzierungszeitraum 2013 - 2016 trifft. Er hält das für schlicht unmöglich und fragt, wer auf die Idee gekommen ist, als Termin Ende 2009 anzugeben.

Herr Ronneburger antwortet, dass es wichtig ist, rechtzeitig die Vorstellungen des Intendanten auf dem Tisch zu haben, damit der Kreistag die Weichen für das Theater stellen kann. Es ist nicht angedacht, heute schon Vorstellungen zu äußern, wie es ab 2012 weiter gehen soll. Mit der Vorlage sollen keine Kompetenzen weggenommen werden, sondern es geht einfach darum, einen Prozess anzustoßen, der aus der Verantwortung für das Theater heraus als dringend notwendig angesehen wird. Er hält Populismus, wie von Frau Soja vorgetragen, bei diesem Thema als völlig unan-

gebracht. Auch in einem Wahljahr sollte ein solches Thema sehr sachlich behandelt werden. Die CDU-Fraktion hat es nicht zum Wahlkampfthema gemacht. Er erinnert daran, dass die SPD-Fraktion ein Haushaltssicherungskonzept gefordert hat und alle Fraktionen aufgefordert sind, Einsparmaßnahmen für den Haushalt vorzuschlagen. Er hofft, dass auch die anderen Fraktionen Vorschläge bringen. Der Antrag der CDU ist eine Möglichkeit, Einsparungen zu erzielen oder zumindest die Ausgaben nicht unendlich wachsen zu lassen.

Frau Fache nimmt Bezug auf die Sitzung des SKSp-Ausschusses und die dort getroffenen Äußerungen von Herrn Wolf. Herr Wolf hat den Antrag dort als populistisch eingestuft und erklärt, dass er nicht nötig ist, weil er auch vom Inhalt her vermittelt, dass die GmbH nicht ausgeschöpfte Reserven habe. Er war nicht gegen die Konzeption, aber er empfand den Antrag als überflüssig. Der Auftrag müsse nicht vom Kreistag kommen, das können die Gesellschafter selbst machen, meinte Herr Wolf. Der Ausschuss hat keine Beschlussempfehlung ausgesprochen, sondern es wurde empfohlen, den Antrag im Kreisausschuss zu besprechen, wo vielleicht parteiübergreifend bestätigt wird, dass ein neues Konzept gewollt ist, aber eventuell auf andere Art und Weise.

Frau Fache erklärt abschließend, dass zur Vorbereitung evtl. die AG Theater wieder tätig werden könnte, aber den Beschluss sieht sie als überflüssig an.

Frau Sojka hat der Gegenrede des Landrates entnommen, dass sie missverstanden wurde. Sie möchte deshalb nochmals deutlich machen, dass ihrer Fraktion die Probleme sehr wohl bewusst sind. Es geht ihr nur darum, dass der Intendant in den Prozess einbezogen wird. Allerdings sieht sie den Termin Ende 2009 auch als problematisch an.

Sie wirft Herrn Ronneburger vor, durch politische Stilllosigkeit das Anliegen kaputt zu machen. Herr Ronneburger wirft Frau Sojka ebenfalls politische Stilllosigkeit vor.

Herr Schemmel sieht die Diskussion als der Wichtigkeit des Themas nicht angemessen an. Er denkt zwar, dass sich alle Fraktionen darüber einig sind, dass das Thema angestoßen werden muss. Er stellt deshalb den Antrag, dass die Vorlage in den Schul-, Kultur- und Sportausschuss zur Beratung überwiesen wird. Dort soll in Ruhe beraten werden, evtl. auch mit Herrn Oldag. Er würde es begrüßen, wenn ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen daraus entstehen würde, um nicht nach außen parteipolitische Zerrissenheit zutage treten zu lassen.

Herr Ungvari meint, dass Herrn Schemmels Vorschlag denkbar sei. An Frau Sojka gerichtet äußert er, deren Redebeitrag zusammenfassen zu können in dem Satz „Der Antrag ist nicht schlecht, wir sind auch dafür, aber er kommt von der falschen Fraktion“, denn er habe den Eindruck, Frau Sojka habe sich die Rolle als einziger und wahrer Interessenvertreter des Theaters zugeordnet. Er erinnert daran, dass das Theater in seiner heutigen Struktur und Leistungsfähigkeit eine Konstruktion der CDU ist.

Den Antrag schätzt er als vernünftig mit einem hochwichtigen Thema ein. Er stellt fest, dass das Theater allen am Herzen liegt und bittet um Zustimmung.

Der Landrat erklärt, dass er bei allen Gesprächen über Geld, Finanzpläne, Wirtschaftspläne, Ministergespräche, bei der Aushandlung des 5-Jahres-Vertrages u.a. immer dabei war. Dass es am Ende der Verhandlungen nur zu sehr wenig Kürzung gekommen ist, ist Ausdruck des erfolgreichen Verhandels. An Dr. Schubert gericht-

tet informiert er, dass das sehr schnell ging und in 2 Gesprächen in Erfurt ausgehandelt wurde. Weiter legt er dar, dass Prof. Oldag stets bei Verhandlungen und Gesprächen dabei war, er selbst ihn eingeweiht hat, was im Ausschuss und auch zur heutigen Kreistagssitzung auf der Tagesordnung steht. Vor ca. 10 Tagen war Prof. Oldag beim Landrat zum Gespräch, dabei wurde er über die heutige Tagesordnung informiert. Der Landrat schlägt Frau Sojka vor, gemeinsam mit Prof. Oldag zu reden, um zu einer Verständigung zu kommen.

Ohne Rückendeckung vom Kreistag wird der Landrat in der Gesellschafterversammlung kein Konzept einfordern, zumal ihm ständig öffentlich vorgeworfen wird, er wäre selbtherrlich, würde Alleingänge machen und den Kreistag nicht informieren, erklärt er an Frau Sojka gerichtet. Zur Zuständigkeit weist er darauf hin, dass nicht der Aufsichtsrat, sondern allein die Gesellschafterversammlung zuständig ist. Ohne Positionierung des Kreistages wird der Landrat kein Konzept einfordern, zumal der Landkreis jährlich 1,8 Mio. Euro an die GmbH zahlt. Jetzt wird das Konzept gebraucht, deshalb sollte der Beschluss gefasst werden, meint er abschließend.

Der Vorsitzende beendet in Anwendung des § 17 Abs. 1 der Geschäftsordnung die Diskussion zum Thema, da offensichtlich keine neuen Erkenntnisse mehr entstehen werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass nun 3 Anträge vorliegen, zweimal (von Frau Sojka und Herrn Schemmel) die Überweisung in den Schul-, Kultur- und Sportausschuss sowie der Antrag von Frau Sojka zur teilweise Streichung des Beschlussvorschlags.

Herr Schröter bittet um Abstimmung zum Antrag auf Überweisung der Drucksache 345/2009 in den Schul-, Kultur- und Sportausschuss.

Der Antrag wird mit 19 Ja-Stimmen bei 20 Gegenstimmen abgelehnt.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung zur Streichung des Halbsatzes „... wobei für den Zeitraum bis 2012 die Plausibilität des jetzigen Finanzierungskonzeptes zu überprüfen und die Liquidität der Gesellschaft sicherzustellen ist.“

Er stellt fest, dass der Antrag mit 16 Ja-Stimmen bei 21 Gegenstimmen abgelehnt ist.

Nunmehr bittet der Vorsitzende um Abstimmung über den Beschlussvorschlag in der Fassung, wie er heute als Austauschblatt in den Mappen ausgelegt wurde.

Der Kreistag fasst den Beschluss Nr. 322

Beschluss Nr.: 322

Der Kreistag beauftragt den Landrat, in der Gesellschafterversammlung bzw. dem Aufsichtsrat der Theater und Philharmonie Thüringen GmbH ein Entwicklungs- und Finanzierungskonzept für den Zeitraum 2013 bis 2016 bis Ende 2009 einzufordern und dieses durch Mitwirkung eines externen Consultants zu erarbeiten, wobei für den Zeitraum bis 2012 die Plausibilität des jetzigen Finanzierungskonzeptes zu überprüfen und die Liquidität der Gesellschaft sicherzustellen ist.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 39 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 21 Ja-Stimmen bei 18 Nein-Stimmen gefasst.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung um 19:14 Uhr, dankt den Gästen für ihr Interesse und bittet um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Altenburg, den 11.03.09

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Fritz Schröter
Vorsitzender des Kreistages

Gudrun Benndorf
Büro des Kreistages